

ALLIGATOR

grün &
bissig

Rundbrief der GRÜNEN LIGA e.V.

06/13 • 24. Jahrgang

07/13

Magdeburger Domlinden.....	2
ALLIGATOR-Intro.....	2
Personenbeförderungsgesetz.....	4
Madagaskar-Projekt.....	6
Reichenhainer Allee in Chemnitz.....	7
Langer Tag der StadtNatur.....	9
Interview mit Matthias Baerens.....	10
Heulager im Osterzgebirge.....	12
Tagung zu Streuobstwiesen.....	13
Buch-Tipp.....	14
Dies & Das.....	15
Adressen.....	16

Baum ab? Nein danke!

Baumfällungen auf dem Magdeburger Domplatz

Titelfoto: Lindenallee vor dem Magdeburger Dom; aufgenommen von Gudrun Matschaf

Foto rechts: Protestplakat gegen die Fällungen mit Bild aus dem Inneren des Magdeburger Doms; aufgenommen und erstellt von Gudrun Matschaf

Der Magdeburger Domplatz gehört zu den wichtigsten historischen Plätzen der Landeshauptstadt Magdeburg. Seit der Besiedlung durch fränkische Kaufleute und der Erhebung zum Zentrum des Regierungssitzes Otto des Großen mit Dom und Kaiserpfalz ist der Domplatz über Jahrhunderte gewachsen, Schauplatz wichtiger politischer Ereignisse bis zum Herbst 1989 gewesen und städtebaulich gestaltet worden. Heute prägen ihn der gotische Dom als Wahrzeichen der Stadt, die Barockgebäude an zwei Seiten mit der umlaufenden barocken Doppelallee von Linden sowie das moderne Bankgebäude und das bunte Hundertwasserhaus. Die über 90 Alleebäume sollen jetzt nach und nach gefällt werden! Diese Entscheidung wurde am Donnerstag, den 2. Mai 2013, getroffen, als der Magdeburger SPD-, CDU- und FDP-Stadtrat den Antrag durchbrachte, dass die Bäume alle 100 zu fällen sind. Bündnis 90, Grüne und die Linke und alle anderen Stadträte bekamen dazu kein Rederecht. Die Verwaltung hat eine Anwaltskanzlei beauftragt, zu prüfen wie eine Befreiung nach § 67 Bundesnaturschutzgesetz erreicht werden kann, um die Bäume zu fällen. Diese liegt aber gar nicht vor oder noch nicht vor. Das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt muss diese Befreiung erteilen oder ablehnen.

Weiter sieht der Plan der Stadträte vor, den Platz mit künstlich kleingehaltenen Barocklinden zu bepflanzen,

die dann laufend geschnitten werden müssen. Das heißt für die Bäumfäller und Baumpfleger ist ein barockes Domplatzbild von 1780 anzustreben! Für die Stadt bringt das den Vorteil, dass die neuen Bäume nicht mehr die Sicht auf den Dom „verdecken“. Uns ist um die Sichtbarkeit des Domes nicht bange! Zudem geht die eigentliche historische Platzgestaltung auf Peter Joseph Lenné zurück, der die Linden in voller Größe um den Platz pflanzte. Die Denkmalschutzbehörde folgt nicht der barocken Platzgestaltung, aber diese wird im Befreiungsverfahren als öffentliches Interesse und Grund für die angestrebte Baumfällung angeführt.

Das Versprechen der Stadt, die bisherigen Bäume zu erhalten und umzusetzen, wurde schon in der ersten Phase nicht eingehalten. 11 Linden auf der Südseite wurden rechtswidrig gefällt, möglicherweise bereits jetzt, um Platz

Stoppt die Fällung der Linden auf dem Domplatz!



11 Linden haben die Magdeburger Stadträte fällen lassen

Über 80 Bäume auf dem Domplatz sollen folgen!

Sagen Sie „NEIN“ zu dieser Vernichtung von Stadtgrün!

zu schaffen für die Bühne des Pop-Konzerts von Elton John im September, die genau an dieser Stelle stehen soll. Bei der Fällung wurde sichtbar, dass die Bäume an der Schnittfläche trotz Betonplatte im Untergrund völlig gesund waren und wohl weiterwachsen könnten. Eine entsprechende Pflege kommt sicherlich billiger als die Fällung, Neubepflanzung und Pflege so vieler Bäume.

ALLIGATOR-Intro

Liebe Leserinnen und Leser,

verrückte Welt: Während die EU-Kommission zum Schutz von Bienen endlich ein Verbot besonders gefährlicher Pestizide beschließen will, rät die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) ganz aktuell dazu, dass wir mehr Insekten essen sollten, um das Klima zu entlasten. Immerhin wird in beiden Fällen die Relevanz der kleinen Krabbler erkannt.

In diesem Alligator berichten wir über den Kampf der GRÜNEN LIGA zum Erhalt der Linden auf dem Domplatz in Magdeburg, die Neuerungen des Personenbeförderungsgesetzes und die Reichenhainer Allee in Chemnitz. Außerdem setzen wir unsere Berichterstattung über das Madagaskar-Projekt fort und informieren über einige andere interessante Aktionen und Projekte unserer aktiven Grünligisten.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!



Impressum

Herausgeber
GRÜNE LIGA e.V.
Netzwerk ökologischer Bewegungen
Anschrift
GRÜNE LIGA e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030/2044745, Fax: 030/2044468
alligator@grueneliga.de
V.I.S.D.P.: Dr. Torsten Ehrke

Redaktion
Anke Siegert

Layout
Julia Ellerbrok

Fotos
namentlich gekennzeichnet,
sonst ALLIGATOR-Archiv

Jahresabo
18,-- EUR, Förderabo 25,-- EUR
Für Mitglieder der GRÜNEN LIGA im
Mitgliedsbeitrag enthalten.

Auflage
1.100

Spendenkonto
80 25 67 69 00

GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 430 609 67
(Kennwort: ALLIGATOR)
Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. Nachdruck und Weiterverbreitung der Texte nur mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.

Die Baumpolitik der Landeshauptstadt, der drittgrünsten Stadt Deutschlands, ist an vielen Stellen katastrophal. Alte Baumbestände werden immer wieder für Gebäude und technische Anlagen geopfert. Die Ersatzbepflanzungen erreichen niemals die ökologische und kulturelle Qualität der gefällten Altbestände. Alle unterliegen zudem gesetzlich dem denkmalpflegerischen Schutz. Deswegen treten wir dafür ein, die bisherige Lindenallee samt den wenigen Solitären auf dem Domplatz zu erhalten und die bereits gefällten Bäume nachzupflanzen. **Dafür bitten wir um Ihre Unterstützung!** Wenn Sie die Ziele der Initiative unterstützen, können Sie auf der eigens eingerichteten Internetseite www.dom-aktuell.de unter dem Stichwort Stimmabgabe die Petition unterschreiben, der eigene

Wohnort spielt dabei keine Rolle. Am 5. Juni 2013, den Weltumwelttag, soll die Unterschriftensammlung dann ihren vorläufigen Höhepunkt finden, wenn um 18:00 Uhr beim Glockengeläut des Domes die bis zu dem Zeitpunkt zusammengekommenen Unterschriften dem Oberbürgermeister der Stadt zusammen mit einer Willensbekundung überreicht werden. Alle Magdeburger und Baumschützer bundesweit sind herzlich dazu eingeladen.

Aktuelle Entwicklungen

Am 14. Mai hat die Initiativgruppe, unter anderem bestehend aus Vertretern von BUND, Evangelischer Domgemeinde, Bündnis 90/Die GRÜNEN, Tierchutzpartei und Die Linken, in einer Sitzung beschlossen, zur Rettung der

Domlinden noch einen Schritt weiter zu gehen. Ab Ende Mai werden für ein Bürgerbegehren die Stimmen der Magdeburger (Mindestalter: 16 Jahre) gesammelt. Sobald das Begehren im Amtsblatt von Magdeburg veröffentlicht wurde, hat die Initiative sechs Wochen Zeit, die vorgegebene Anzahl von mindestens 10.000 Unterschriften zu erreichen. Ziel ist es, zur Bundestagswahl im September einen Bürgerentscheid zu erwirken, bei dem die Magdeburger Bürger persönlich über die Zukunft der Linden abstimmen können. Die Unterschriftenliste zum Herunterladen und Ausfüllen sowie Informationen zu den weiteren Geschehnissen in Magdeburg wird es in Kürze im Internet geben: www.dom-aktuell.de

// Gudrun Matschaß

*„Die innerstädtischen Lebensräume und Grünflächen sichern gesunde Lebens- und Wohnverhältnisse. Sie bieten vielfältige, gut erreichbare Freiräume mit hoher Aufenthaltsqualität.“
(Integriertes Stadtentwicklungskonzept Magdeburg 2025)*

Waldstrategie 2050 – Position

Die GRÜNE LIGA Sachsen e.V. begrüßt die Erarbeitung einer Strategie für die Waldentwicklung im Freistaat Sachsen durch die Landesregierung, sieht aber große Defizite beim Naturschutz und Nachbesserungsbedarf bei widersprüchlichen Zielsetzungen. Nachhaltige Waldbewirtschaftung kann nicht gleichzeitig die Holzerzeugung auf hohem Niveau festschreiben, Wiederbewaldungen auf landwirtschaftlichen Flächen ausschließen und „vielfältig nachgefragte Waldökosystemdienstleistungen“ erbringen. Die GRÜNE LIGA Sachsen empfiehlt den Verzicht auf die geplante Erschließung kleiner und kleinster Privatwälder für die Holzerzeugung. Gerade diese Wälder bilden heute die wertvollsten Naturräume im Wald. Dagegen sollten die heute den sächsischen Staatsforst „dominierenden strukturarmen, einschichtigen, mittelalten Nadelbaumreinbestände“ gezielt in Mischwaldbestände umgebaut werden. Die geplante Personalreduktion beim staatlichen Forstbetrieb sollte mit einer Reduktion der Holzerzeugung in Naturwaldzellen verbunden werden. Der Eingriffsausgleich darf nicht zum Betrug an der Natur werden. Die heutige Praxis, 1 Hektar Flächenversiegelung mit der Aufforstung von 0,27 Hektar Wald auszugleichen ist nicht akzeptabel, weder für den Wasser- noch für den Bodenhaushalt. Allein zum Ausgleich der fehlenden

Versickerung müssten drei Hektar Wald für einen Hektar Versiegelung aufgeforstet werden. Waldumbaumaßnahmen die naturferne Monokulturen mittelfristig in naturnah bestockte Wälder verändern sind keine Ausgleichsmaßnahmen, sondern gute forstwirtschaftliche Praxis, die nicht zulasten der Natur subventioniert werden muss. Das Waldmehrungsziel des Freistaates Sachsen von 30 Prozent der Landesfläche findet die vollste Unterstützung der GRÜNEN LIGA Sachsen. Für dieses Ziels müssen 30.000 Hektar bisher unbewaldeter Flächen aufgeforstet werden. Deshalb irritieren die Aussagen in der Waldstrategie 2050, die den Eindruck vermitteln, die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen weitgehend ausschließen zu können. Wenn es heute möglich ist, die Hälfte der landwirtschaftlichen Flächen in Sachsen für den Anbau von Energiepflanzen zu nutzen, muss auch eine Nutzung weniger Anteile landwirtschaftlicher Flächen für Waldmehrung und Naturschutz möglich sein. Das Waldmehrungsziel von 30 Prozent der Landesfläche ist mit den naturschutzrechtlichen Regelungen zum Ökokonto als Erfolgsfaktor „zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme“ nicht vereinbar. Nutzungsfreie Naturwaldzellen sollten perspektivisch von der Grundsteuer befreit werden. Es ist nicht vermittelbar, dass Waldeigentümer, die

ihre Flächen der Natur zur Verfügung stellen, noch steuerlich „bestraft“ werden. Gegenwärtig dominiert ein Trend hin zur forstlichen Erschließung und Nutzbarmachung auch scheinbar kleiner Flächen oder schwer zugänglicher Lagen. Dieser Trend sollte im Interesse eines landesweiten Netzes forstlich ungenutzter beziehungsweise nur sehr extensiv genutzter Waldflächen gestoppt werden. Die Akzeptanz für die Forstwirtschaft steigt, wenn nicht überall forstliche Aktivitäten zu verzeichnen sind. Schlussendlich braucht der Mensch auch Orte der Ruhe und räumlichen Stabilität. Die Siedlungen und agrarisch geprägten Landschaften unterliegen im Vergleich zu früher einem viel größeren Wandel in immer kürzeren zeitlichen Abständen. Der heimatverbundene Mensch kann heute nicht mehr davon ausgehen, dass im Laufe seines Lebens sein Umfeld weitgehend so erhalten bleibt, wie er es aus seinen Kindertagen kennt. Die Folge ist oft ein Gefühl der Entwurzelung. Wildnisflächen können diesen Entwurzelungsprozess abmildern. Auch aus diesem Grunde sollte in der Waldstrategie 2050 eine Zielstellung von zehn bis 15 Prozent ungenutzter Waldfläche formuliert und nicht nur auf die Großschutzgebiete Sachsens begrenzt werden.

// GRÜNE LIGA Sachsen

Rüdiger Herzog, Dr. Anton Hofreiter

Bus & Straßenbahn auf gutem Weg

Durchbruch

Fast geräuschlos trat zur Jahreswende das neue Personenbeförderungsgesetz in Kraft. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Personenbeförderungsgesetz (PBefG) bereits viele Konflikte zwischen politischen Parteien und Interessenvertretern hinter sich hat. Diese Novellierung ist aus parlamentarischer Sicht etwas ganz Besonderes. Das Gesetz wurde mit einem überparteilichen Konsens reformiert – eine Sternstunde des Parlamentarismus. Die Bundestagsfraktionen von Grünen, Union, FDP und SPD sowie Vertreter der Länder und der Bundesregierung einigten sich im September 2012 nach mehreren missglückten Anläufen auf einen Änderungsantrag zum bereits im parlamentarischen Verfahren befindlichen Gesetzentwurf der Bundesregierung. Dieser ursprüngliche Gesetzentwurf von Anfang 2011 schien einseitig den Forderungen einzelner Lobbyisten zu folgen. Der Bundesrat beschloss im September 2011 mehrheitlich eine Stellungnahme, die wesentliche Änderungen forderte. Damit sollten weitere Interessen und Ziele berücksichtigt werden. Im November passierte der Gesetzentwurf ein-

schließlich der überfraktionell abgestimmten Änderungen den Bundesrat, so dass das Gesetz am 1. Januar 2013 in Kraft treten konnte.

Worum geht es?

Bundestag und Bundesrat modernisierten mit dem PBefG die entscheidende rechtliche Grundlage des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Das Gesetz regelt die Beförderung von Personen mit Bussen, Straßenbahnen (darunter fallen auch Hoch- und U-Bahnen) und O-Bussen. Es umfasst insbesondere die Genehmigung von entgeltlichen und geschäftsmäßigen Beförderungen sowie Betriebs- und Beförderungspflichten von Unternehmen. Flexible Bedienungsformen wie Anrufbusse oder Anrufsammeltaxis werden mit dem Gesetz nicht erfasst. Das PBefG regelt einerseits den Berufszugang im ÖPNV. Und es regelt andererseits das Verfahren zur Liniengenehmigung. Der Kompromiss beinhaltet zum Einen die Anpassung des deutschen an das seit 2009 unmittelbar geltende neue europäische Recht für den Öffentlichen Nahverkehr (EU-Verordnung Nummer 1370/2007). Das war dringend nötig, denn das alte PBefG stand teilweise im Widerspruch

zum direkt geltenden EU-Recht. Das novellierte Gesetz bringt Rechtssicherheit für Verkehrsunternehmen und deren Beschäftigte sowie kommunale Aufgabenträger. Dabei schafft es ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem unternehmerischen Interesse der Verkehrsunternehmen, insbesondere auch der kleinen und mittelständischen privaten Unternehmen, und trägt der Gestaltungsverantwortung der kommunalen Aufgabenträger für ein ausreichendes Verkehrsangebot Rechnung. Darüber hinaus konnten sich die Vertreter der Fraktionen und Länder auf gute Ergebnisse zur Verbesserung der Barrierefreiheit und zur Liberalisierung des Fernbusverkehrs einigen. Außerdem wurde eine höhere Flexibilität der Angebotsformen erreicht. Vereinfacht wurde zum Beispiel ein erster Schritt zur Erleichterung der Genehmigung von alternativen Bedienformen wie Anrufsammeltaxis. Das ist wichtig, denn wir müssen damit rechnen, dass alternative Bedienformen im Zuge des demografischen Wandels an Bedeutung gewinnen. Nicht durchsetzen konnten Grüne und Sozialdemokraten hingegen eine Mautpflicht für Fernbusse. Der Widerstand von Union und FDP gegen eine Busmaut dürfte ideologisch begründet sein. Denn Berechnungen zeigen, dass die Einführung einer Maut die durchschnittlichen Fahrpreise im Fernbus kaum ansteigen lassen würde. Auf der verkehrspolitischen Agenda sollte daher die Bemautung der Busse bleiben.

ÖPNV und Rechte der Kommunen

Der Vorrang eigenwirtschaftlicher Verkehre wird mit der Novellierung eingeschränkt. Eigenwirtschaftlicher Verkehr ist der Verkehr, der von einem Verkehrsunternehmer ohne Rückgriff auf wettbewerbsverfälschende Beihilfen erbracht wird und für den keine ausgleichspflichtigen Verpflichtungen des öffentlichen Dienstes begründet wurden (Artikel 2 I EG-VO 1191/69). Aber auch eigenwirtschaftlicher Verkehr wird häufig mit erheblichen Subventionen gestützt, insbesondere durch Schülerbeförderung und

Foto: Eingang zum U-Bahnhof Bundestag mit Reichstagsgebäude im Hintergrund; aufgenommen von Rüdiger Herzog



Schwerbehindertenbeförderung. Durch die Novellierung wird die Aufgabenverteilung von Aufgabenträger und Genehmigungsbehörde neu strukturiert. Sie stärkt die Aufgabenträger – also Städte und Landkreise – gegenüber den Genehmigungsbehörden, das heißt der Landesebene. In der Hand der Aufgabenträger liegen die Nahverkehrspläne und die Erteilung der Linienverkehrsgenehmigungen. Dies erlaubt eine bessere demokratische Kontrolle durch kommunale Parlamente. Die Aufgabenträger können künftig Anforderungen an das Verkehrsangebot definieren, wenn sie bereit sind, dieses zu finanzieren. Sollte es kein eigenwirtschaftliches Angebot geben oder dieses von wesentlichen Anforderungen abweichen, kann dieser den Verkehrsauftrag nach Maßgabe der EU-Verordnung Nummer 1370/2007 vergeben. Die Novelle passt damit das deutsche Recht an die in der EU-Verordnung vorgesehenen Handlungsmöglichkeiten der Aufgabenträger zur Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge, Eigenerbringung und Direktvergabe an.

Barrierefreiheit

Ergänzt wird die Novelle um eine Stärkung des Ziels der Barrierefreiheit im Nahverkehrsplan. Vom Ziel vollständiger Barrierefreiheit darf nach einer Übergangsfrist bis 2022 nur noch in begründeten Ausnahmen abgewichen werden. Dies trägt den hohen Investitionskosten für barrierefreie Infrastruktur Rechnung. Denn vor allem die zahlreichen alten Bahnhöfe können nur schrittweise saniert und barrierefrei gestaltet werden. Selbstverständlich wäre eine kürzere Frist wünschenswert gewesen. Fernbusse sollen künftig auch für mobilitätseingeschränkte Menschen nutzbar sein. Nach angemessener Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2019 müssen sämtliche Fernlinienbusse barrierefrei sein. Neue Fernbusse müssen bereits ab dem 1. Januar 2016 mit mindestens zwei Plätzen für Rohlstuhlnutzer und den entsprechenden Einstiegshilfen (Hublifte) ausgestattet werden.

Liberalisierung Fernbus

Der Buslinienfernverkehr wird mit der Novellierung des PBefG freigegeben. Dadurch werden die Voraussetzungen für ein neues Mobilitätsangebot im

Fernverkehr geschaffen. Im Wettbewerb um den neuen Markt sollen etablierte Verkehrsunternehmen, darunter auch kleine und mittelständische Busunternehmen, ebenso ihre Chance haben wie junge Unternehmen mit innovativen Geschäftsmodellen. Aus ökologischer Sicht spricht viel für Fernbusse. Im Hinblick auf die CO₂-Emissionen ist der Bus sogar das umweltfreundlichste Verkehrsmittel, wie eine Studie im Auftrag des Umweltbundesamts jüngst bestätigte. Danach lagen im Jahr 2011 die spezifischen CO₂-Emissionen pro Kilometer für Busse bei 41,6, für den Zug bei 57,5 und für Pkw bei 139,1 Gramm pro Kilometer. Busse stoßen auch niedrigere Schwefeldioxidemissionen aus als Züge. Nachteile hat der Fernbus bei Stickoxidemissionen, die allerdings bei Fernbussen mit dem neuesten Umweltstandard (Euro VI) durch einen Stickoxiddkatalysator unschädlich gemacht werden. Die Ökobilanz der Schiene verbessert sich allerdings durch den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien schneller als bei Bussen. Mittelfristig ist daher davon auszugehen, dass Fernbusse und Züge im Hinblick auf Umweltfreundlichkeit „auf Augenhöhe“ liegen.

Konkurrenz zwischen Fernbus und Schiene?

Der 80 Jahre alte Eisenbahnschutz und damit die grundsätzliche Versagung der Genehmigung für Fernbuslinien entfällt mit der Novellierung des PBefG. Ein Unterwegbedienungsverbot bei einem Haltestellenabstand bis zu 50 Kilometern oder einer Stunde Reisezeit schützt jedoch den öffentlich finanzierten Schienenpersonennahverkehr (SPNV). Um einen fairen Wettbewerb und die Sicherheit der Fahrgäste zu gewährleisten, gilt besondere Aufmerksamkeit der Qualifikation der Fahrer und der Einhaltung der Sozialvorschriften wie Lenk- und Ruhezeiten. Dazu bedarf es einer wirksamen Kontrolle durch das Bundesamt für Güterverkehr. Den bisherigen Genehmigungsvorbehalt nutzte die DB AG, um selbst zum größten Fernbusbetreiber in Deutschland – und durch den Zukauf von Arriva auch in Europa – zu werden und gleichzeitig konkurrierende Fernbusunternehmen weitgehend vom heimischen Markt fernzuhalten. Zwischen Berlin und Hamburg, den beiden Städten mit

dem höchsten Fahrgastpotenzial auf der Schiene, fahren bereits seit Jahrzehnten Fernbusse im Linienverkehr, ohne dass dies nennenswerte Auswirkungen auf das Fernverkehrsangebot auf der Schiene hatte. Es ist zu erwarten, dass es wie in anderen Ländern zu einem Fernbuslinienetz zwischen allen großen Städten in Deutschland kommen wird. Das Angebot wendet sich vor allem an preisbewusste Menschen, die zudem bereit sind, auf den Komfort und den zeitlichen Vorteil des Bahnreisens zu verzichten. Fernbusse sind daher vor allem für Personen attraktiv, die bisher selbst Auto gefahren oder Mitfahrer in Mitfahrzentralen gewesen sind oder die aus Kostengründen gar nicht fahren konnten. Auf bestimmten Relationen wird es auch zu einer Verlagerung von Billigfliegern auf den Fernbus kommen.

Es muss beobachtet werden, ob die Wettbewerbsbedingungen angemessen sind. Sollten im erheblichen Maße Personen vom mit insgesamt 7 Milliarden Euro durch den Bund geförderten SPNV auf Busse umsteigen, ist das Gesetz zu revidieren.

Es spricht allerdings wenig dafür, dass das Geschäftsmodell von Busbetreibern auf Konkurrenz zum SPNV angelegt ist. Dagegen spricht zum einen, dass Fernbusverkehre außerhalb von Verbundtarifen operieren, so dass zum Beispiel Zeitkartenbesitzer für die Nutzung von Fernbussen extra zahlen müssen. Für Einzelticketnutzer ist ein solches Angebot nur dann attraktiv, wenn keine extra zu zahlende Anschlussfahrt im ÖPNV notwendig wird. Zudem ist der Vertriebskostenanteil am Fahrpreis für ein Busunternehmen, das sich auf relativ kurze Strecken spezialisieren würde, ungleich höher als auf der Langstrecke. Stattdessen werden neue Direktverbindungen geschaffen, die zu einer qualitativen Verbesserung des öffentlichen Verkehrsangebots führen und daher aus Umweltsicht zu begrüßen sind.

// Dr. Anton Hofreiter
// Rüdiger Herzog

Foto: Bushaltestelle Kanzleramt; aufgenommen von Rüdiger Herzog



Nicole Goethel

Das Madagaskar-Projekt

GRÜNE LIGA-Projekt zur Frauenförderung geht weiter

Januar – März 2013

Das neue Jahr ist noch jung und trotz Zyklon Felleng und teilweise starken Regenfällen liefen die Projektaktivitäten reibungslos weiter. So herrscht im Vereinsgebäude der Frauen reges Treiben, darunter der Schneiderkurs in Nosy Varika sowie der Kunsthandwerkskurs in Bebozaka, regelmäßige Kurse zum Trocknen von Früchten und eine Spezialausbildung mit jeweils sieben Frauen zur Gründung jeweils



einer Kleinbäckereien in beiden Dörfern. Außerdem konnten inzwischen die Erweiterungen beider Vereinsgebäude um einen zusätzlichen Raum abgeschlossen werden. Diese Räume dienen den Frauen als Atelier für die Herstellung ihrer Produkte. Auch die Bearbeitung der Gemeinschaftsfelder steht weiterhin hoch im Kurs. Derzeit werden die Böden für die diesjährige Aussaat vorbereitet. In der Bienenhaltung ist ebenfalls viel passiert. Fast alle Frauen haben inzwischen Bienenvölker ansiedeln können. Auch die Gemeinschaftskästen sind besiedelt und verströmen ihren verführerischen Ho-

nigduft über die Gemeinschaftsfelder. Insgesamt ernteten die Frauen in ihren privaten Kästen 36 Kilogramm, was den Haushalten bereits ungefähr 100 Euro eingebracht hat. Eine lukrative Honigproduktion!

Sein täglich Brot verdienen

...ist für unsere Frauen inzwischen mehr als eine alte Redewendung. Denn das Brot stellen sie inzwischen selbst her. Nach einer durch den Marie-Schlei-Verein e.V. finanzierten Spezialausbildung zur Gründung zweier kleiner Bäckereien beweisen die Kurs Teilnehmerinnen vollste Frauenpower. Heute verfügen die Dörfer Bebozaka und Nosy Varika nicht nur über die ersten richtigen Brotöfen der Region, sondern ebenfalls über zwei funktionierende Kleinkooperativen von frisch gebackenen Bäckerinnen! Sie versorgen ihre Dörfer sowie die umliegenden Gemeinden täglich mit frischen Brotwaren. Dies stellt einen großen Fortschritt für die Region dar, musste man doch vorher 100 Kilometer (!) beziehungsweise eine eintägige Flussfahrt in das weiter südlich gelegene Mananjary zurücklegen, um die nächste Bäckerei zu erreichen. Das gehört heute der Vergangenheit an. Heute erfreuen Brioches, Zöpfe und kleine Brötchen täglich Alt und Jung. Unsere Bäckerinnen sind hochmotiviert. Kein Wunder, denn die Kleinbäckereien sind hoch rentabel und bringen den Familien pro Monat bis zu 30 Euro Gewinn ein – bei circa zwei Stunden Arbeitszeit pro Tag. In Nosy Varika haben die Frauen bereits einige feste Kunden, die täglich mit Brötchen beliefert werden, gefunden. Der Rest wird meist an mobilen Ständen vertrieben, die vor Schulen oder größeren Einrichtungen aufgebaut werden. In Bebozaka wird der Verkauf meist von den jüngeren Familienmitgliedern übernommen, die die Brötchen mit lauten Rufen anpreisen: „Frische Brötchen und Brioches, schmecken hervorragend!“ Kurz gesagt: Die Bäckereien sind ein riesiger Erfolg, und ihre Brötchen, Brioches

und Zöpfe verkaufen sich sprichwörtlich wie warme Semmeln. Die professionellen Ausbildungen haben an sämtlichen Standorten bereits zu großartigen Ergebnissen geführt. Einer der größten Erfolge ist das Weben mit Raphia in Bebozaka. Innerhalb weniger Wochen wurden unsere Frauen in dem abgelegenen Dörfchen zu echten Weberinnen. Ihre Werke sind bereits jetzt weit über die Dorfgrenzen bekannt und werden als Rohmaterial auch von den Frauen in Nosy Varika gerne aufgekauft. Diese verarbeiten die besonders stabilen und in allen Farben leuchtenden Stoffe der Frauen in Bebozaka zu originellen Hüten, Taschen und zahlreichen anderen typisch madagassischen Kunsthandwerksprodukten weiter. Ziel der Frauen in Bebozaka ist es, ihre Produkte eines Tages bis nach Mananjary zu vertreiben, wo sie als billigere und qualitativ hochwertige Rohmaterialien die bisher aus der Hauptstadt bezogenen Raphia-Webereien ersetzen könnten. Eine lokale Lösung und sicherlich ein weiterer Hoffnungsträger für unsere Frauen.

Weben und Trocknen

Lange und sorgfältig wurde unserer Personal auf die Trocknungskursen mit den Frauen vorbereitet und endlich ist es soweit: Die beiden Trockenöfen werden an beiden Standorten von den kontinuierlich ausgebildeten Frauen rege genutzt, um darin Kokosnüsse, Bananen, Litchi und sogar Brotfrüchten zu trocknen. Diese zuvor oft verschmähten Nahrungsmittel werden anschließend zu Puder verstampft und dienen aufgekocht mit Wasser oder Milch als reichhaltiger und billiger Babybrei. Die Kreativität der Frauen kennt keine Grenzen und trägt reiche Früchte.

Ökoproduzentinnen mit Leib und Seele

Nachhaltige Entwicklung beziehungsweise eine Entwicklung, die Umweltaspekte gleichberechtigt mit sozialen und wirtschaftlichen Aspekten, um

damit die Grundbedürfnisse der Menschen sowohl heute als auch in Zukunft zu stillen, ist der Grundpfeiler unserer Arbeit. Um dem Schutz der Umwelt Rechnung zu tragen, legt der örtliche Kooperationspartner FFA viel Wert auf die Förderung einer ökologischen Landwirtschaft – ein Prinzip, das die Frauen inzwischen verinnerlicht haben. So ist die Herstellung von biologischem Insektizid, das Anlegen von Komposten und der Anbau ohne vorherige Brandrodung, die die Bodenfruchtbarkeit zwar kurzfristig steigert, aber langfristig zur Abtötung wichtiger Bodenmikroorganismen führt, heute zur Selbstverständlichkeit für die madagassischen Frauen geworden. Und fast nebenbei, doch umso effektiver, tragen die Frauen mit ihren Baumschulen, in denen bereits mehr als tausend Jungbäume produziert wurden, zur Aufforstung ihrer Region bei. Die Zukunft der Frauen ist sprichwörtlich grün wie die Hoffnung.

Zwei neue Dörfer – zwei neue Hoffnungen

Der Erfolg der Frauen spricht sich herum, so dass die Nachfrage anderer Dörfer für die Durchführung des Projektes groß ist. Nach sorgfältiger Überprüfung stehen nun zwei neue Kandidaten für die Ausweitung des Projektes 2014 fest: Die Dörfer Ampaomanitra und Andonaka der Region Nosy Varika. Eine öffentliche Infrastruktur ist an beiden Orten kaum vorhanden und begrenzt sich auf eine jeweils baufällige und kaum in Betrieb gehaltene Grundschule. Ebenfalls fehlt es an einer Gesundheitsstation oder sanitären Einrichtungen. Wie die meisten Dörfer sind Ampaomanitra und Andonaka von starker Armut geprägt, wobei auch hier alleinstehende Frauen mit ihren Kindern zu den Betroffenen gehören. Diese (über-)leben wie die meisten anderen Dorfbewohner fast vollständig vom Reisanbau und verfügen über keine weiteren Einkommensquellen zur Absicherung ihrer Bedürfnisse. Daher



Fotos aufgenommen von der Projektgruppe Madagaskar

möchte FFA auch diese Familien auf dem Weg zu einem selbstbestimmten Leben unterstützen. Die ersten Vorbereitungen dazu laufen bereits und wir hoffen, dass die Durchführung des Projektes zustande kommt.

// Nicole Goethel

Der Bundesverband GRÜNE LIGA e.V. ist Träger des Projektes, das von der GRÜNEN LIGA Sachsen umgesetzt wird.

Manfred Koch

Rettung der Reichenhainer Allee

Eine bemerkenswerte Aktivität zur Rettung einer Allee-Promenade

Die Stadt Chemnitz besitzt in der Reichenhainer Straße eine Allee mit mittlerer Promenade. Zwecks autogerechter Gestaltung der Straße wurde erheblich in die Allee eingegriffen; ihre Funktion als Promenade ist dadurch gestört. Die Folge war eine unberechtigte Geringschätzung dieses städtischen Objektes.

Aus dieser Sicht hat der Verkehrsverbund Mittelsachsen (VMS) bei seiner Planung einer Überlandbahn entlang dieser Straße die völlige Rodung vorgesehen. Diese Planung wurde auf einer Einwohnerversammlung mit der Begründung vorgestellt, es gäbe wegen der anliegenden Bebauung keine andere Möglichkeit. Aber hier regte sich der erste Protest. Der richtete sich gegen die Fällung der Bäume wegen des damit verbundenen Habitatverlustes

sowie der klimatischen Auswirkungen. Die Fällung stünde zudem im Widerspruch zur Mitgliedschaft der Stadt im Klimabündnis. Mit der Behauptung, die Allee wäre minderwertig und ohnehin nur eine Freihaltetrasse für eine irgendwann beschlossene Straßenbahnlinie, setzte sich der VMS über diese Einwände hinweg und blieb bei seiner Planung.

Daraufhin fanden sich aktive Bürger zusammen, die sich nicht mit dieser Entscheidung abfinden wollten. Das „Stadtforum“, eine Gruppe ehrenamtlicher Architekten, fand mit großer Mühe in alten Unterlagen die Information, dass diese geschundene Allee keine Freihaltetrasse sondern um 1887 von den Stadtvätern der Stadt Chemnitz als

vierreihige Promenade zu dem – damals – im freien Feld gelegenen großen Stadtfriedhof angelegt worden



war. Von der Vierreihigkeit zeugen heute noch einige Eichen und Eschen, die sich in Baunischen erhalten haben. Darüber hinaus wurde ermittelt, dass zu keiner Zeit die Gesamtzerstö-

Reichenhainer Allee

nung der Allee vorgesehen war. Das war nun eine andere Dimension. Es ging nicht mehr um zwei wertvolle Baumreihen, sondern um ein historisches städtisches Kulturobjekt. Daraufhin machte das Stadforum mit einer bemerkenswerten Aktion auf das Schutzbedürfnis der Allee aufmerksam: Es brachte mit erheblichem Aufwand und auf eigene Kosten an jedem Baum eine große weiße Schleife (Bild S.7) an. Diese wurden andertags vom Tiefbauamt entfernt und zerstört, nach unserem Wissen ohne ordnungsamtliche Grundlage.

Nun stand eine terminlich gebundene Positionierung des Tiefbauamtes der Stadt vor den Stadträten an und damit die große Gefahr, dass die Rodungsabsicht zementiert würde. Zu diesem Zeitpunkt setzten sich die drei in der

nach Expertenbeurteilung des BUND von vornherein ohne jede Aufwuchschance war.

Die Vertreter der Naturschutzverbände begingen die Straße und die anliegenden Grundstücke und erarbeiteten eine eigene, vereinfachte Machbarkeitsstudie für den Bau der Überlandbahn neben der Allee; eine Variante, die vom VMS ausdrücklich als nicht umsetzbar abgelehnt worden war. Es stellte sich heraus, dass der VMS gelogen hatte. Außer drei Gebäuden, deren weitere Zufahrt einer besonderen Planung bedarf, gibt es auf der ganzen Länge keinerlei Hindernis für diese Einordnung. Dazu wurde dann auch eine eigene Darstellung, vergleichbar mit den Dokumenten des VMS (Grafik unten), ausgearbeitet. Die gemeinsame Auswertung kam dann zu dem

Schluss, dass die Rodungsabsicht gar nicht der Einbringung der Bahn geschuldet war, sondern der Herstellung einer autoverkehrsaufgewerteten Standardstraße mit erweiterten Parkmöglichkeiten neben der Fahrbahn, also einer Zielstellung, die schon lange nicht mehr aktuell ist, an besagter Stelle

wegen des bereits erfolgten Ausbaus einer hochleistungsfähigen Parallelstraße erst recht nicht. Damit war die Begründung des VMS erst einmal ad absurdum geführt.

Daraufhin wurde eine präzise und kurzgefasste Dokumentation erarbeitet, die an alle Stadtratsfraktionen sowie an die Stadtverwaltung übergeben wurde. Die Stadtratssitzung, eine nachfolgende öffentliche Fraktionssitzung der Grünen und eine von der „Freien Presse“ veranstaltete Podiumsdiskussion nahmen nun einen anderen Verlauf. Die von den Naturschutzverbänden ausgearbeitete Variante wurde zur weiteren Verfolgung übernommen, der Umwelt- und Kulturwert der Allee wurde als schützenswert anerkannt und ist eine Grundlage der weiteren Bearbeitung. Dafür hat sich auch der Rektor der Universität ausgesprochen,

denn so könnte die rekonstruierte Promenade zu einer repräsentativen Achse im akademischen Viertel werden. Dagegen opponiert nun weiterhin der VMS. Damit war die Arbeit der Aktivgruppe vorerst beendet. Zu bemerken ist noch, dass die Aktivität für diese Zusammenarbeit vom Regionalbüro der GRÜNEN LIGA Chemnitz ausging und koordiniert wurde. Die Aktivitäten sind aber nicht abgeschlossen, sondern die Bürgerinitiative hat sich zu einem Verein zusammengeschlossen und im Verbund mit dem Stadforum wurde eine Unterschriftenaktion durchgeführt. Die Übergabe der dreitausend Unterschriften an die Oberbürgermeisterin der Stadt erwies sich aber als besonderes Problem.

So weit – so gut. Es sind aber einige Bemerkungen mehr zu diesem ganzen Prozess zu machen. Wir haben uns mit der Bitte um Hilfe an die Allenschutzgemeinschaft gewendet. Der Erfolg war eine Rückantwort, dass die E-Mail angekommen ist. Zu kritisieren ist auch das Variantenbewertungsverfahren. In den Begründungen für die einzelnen Varianten (das gilt auch für andere Planungen) wurden alle technischen und verkehrlichen Vor- und Nachteile aufgelistet. Der Tatbestand, dass für die „Vorzugsvariante“ die Alleepromenade zerstört werden muss, ist aber nicht unter den Nachteilen aufgeführt, sondern stand nur in einem nicht veröffentlichten Begleitschreiben. Hier scheint ein Versäumnis des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vorzuliegen. Es müsste die gleichwertige Einordnung von derartigen Eingriffen in die Stadt- und Umweltsubstanz bei den Variantenbewertungsprämissen zwingend vorschreiben, da andernfalls die gesamte Vorlage rechtsungültig ist. Diese damit erzwungene Auf-, besser: Einlistung, bedeutet ja noch keinerlei Positionierung zur Sache, sondern wäre nur eine umfassendere Darstellung des Vorhabens und ein Zwang zur Abwägung. In unserem Falle wären alle Beteiligten nicht erst bei einer öffentlichen Darlegung auf diesen Zusammenhang gestoßen, so dass der Urheber der Vorlage die Zerstörung der Allee exakter hätte begründen müssen.

// Manfred Koch



Stadt aktiven Natur- und Umweltschutzverbände zusammen, um eine Stellungnahme zu erarbeiten. An dieser kurzfristig zusammengekommenen Gruppe beteiligte sich das Stadforum sowie eine inzwischen aktiv gewordenen Bürgerbewegung zur Rettung der Allee. Mit einem außergewöhnlichen Kraftakt wurde in der zur Verfügung stehenden Zeit zunächst einmal eine gemeinsame Position erarbeitet. Das war schwierig genug, denn die Spannweite der Meinungen reichte von Gesamtablehnung des Vorhabens bis zur Zustimmung. Als Schwerpunkt wurde beschlossen, zunächst die angebliche Alternativlosigkeit der Rodung zu widerlegen. Die „Vorzugsvariante“ des VMS sah eine mittige Straßenbahntrasse vor. Zur Beruhigung der Bürger war aber auf der Bordkante zwischen Straßenbahn und Fahrbahn eine neue Baumreihe eingezeichnet, die aber

Foto und Grafik:
GRÜNE LIGA
Chemnitz

Mit fundierter freundlicher Penetranz an die Öffentlichkeit

Über Projekte in den Bereichen Bücher, Bio-Bauernhöfe und Belarus

Kurzprofil Matthias Baerens

Alter: 45

Kinder: vier

Beruf: Unternehmer / Journalist

Hobbys: Reisen, Basketball spielen, Kindern Geschichten erzählen

Liebblings-Reiseziel: zu freundlichen Leuten und in schöne Landschaften

Liebblings-Tier: Tiere in Freiheit

Liebblings-Essen: selbstgekocht und dann mit Freunden oder Familie verspeist

Liebblings-Film: sorgfältig recherchierte und gut gemachte Dokumentationen

Liebblings-Buch: das habe ich noch nicht gefunden, obwohl ich täglich mit Büchern zu tun habe

Lebensmotto: Es gibt immer einen Weg.

Was stört Dich besonders: Nichtsmerker, Wohlstands-Jammerlappen und differenzierungsunfähige DDR-Nostalgiker

Mitglied der GRÜNEN LIGA seit: 1989/1990 (seit Beginn, formales Eintrittsdatum: keine Ahnung)

Bisherige Posten bei der GRÜNEN LIGA: für die GL an verschiedenen Runden Tischen der Wendezeit, danach zeitweise Landesgeschäftsführer der GL in MV, heute ehrenamtlich für die GL Mitglied im Kernenergiebeirat des Landes MV

Schönstes Erlebnis bei der GL: wenn ich heute sehe, wie ehemalige LIGA-Projekte aus den 90-er Jahren und ehemalige LIGA-Mitarbeiter/-innen groß geworden sind und eigene Wege gehen



Foto: Matthias Baerens; aufgenommen von Julius Kleindienst

Deine Idee gegen Klimazerstörung: weltweit einen festen Prozentsatz der Mehrwertsteuer zum Klimaschutz einsetzen.

Kurzes Statement zur momentanen Situation des Umwelt- und Naturschutzes in der BRD: Wir gehören zu den wenigen Ländern auf der Welt mit ökonomischer Kraft, technologischem Wissen und einer funktionsfähigen Zivilgesellschaft. All dies ist notwendig um langfristig Umwelt- und Naturschutzziele zu erreichen. So wie Deutschland mit dem Atomausstieg weltweit ein Signal gesetzt hat, wäre das auch in anderen Bereichen notwendig. Weltweit gesehen sind wir vielleicht schon gut – aber das reicht noch lange nicht. Wir können nicht auf weltweite Impulse zum Klima-

schutz aus den USA, Russland oder China warten.

Alligator: Du hast dich vor Jahren mit dem Buchverlag und -versand baerens & fuss selbstständig gemacht. Was waren die Gründe und war es rückblickend eine gute Entscheidung?

Matthias: Ja. Nach über zehn Jahren „politischem Kampf“ war im Jahr 2000 einfach Zeit für etwas anderes. Außerdem finde ich es wichtig, dass Menschen aus der Umweltbewegung auch außerhalb ihrer Verbände etwas bewegen. Dazu gehört auch die Wirtschaft. Warum immer nur fordern, warum nicht selbst mit Alternativen beginnen, wenn eine Möglichkeit dazu da ist?

Alligator: Ihr habt euch mit baerens

& fuss auf Bücher ganz bestimmter Themenbereiche spezialisiert. Welche sind das und warum gerade diese?

Matthias: Wir haben uns als Verlag auf Themen wie „Urlaub auf Biohöfen“ und „Ökologische Landwirtschaft“ spezialisiert, weil wir da fachlich im Thema standen. Außerdem finde ich beides auch persönlich gut und politisch korrekt. Inzwischen sind wir aber mehr und mehr eine Fachbuchhandlung geworden. Wir sind immer noch spezialisiert auf „grüne“ Themen. Aber wir sind gleichzeitig auch professioneller Lieferant für Firmenkunden wie Bibliotheken, Schulen, Unternehmen oder Behörden. Ein Buch ist zunächst einmal ein Buch. Wirtschaftlich gesehen ist für uns nur ein verkauftes Buch ein gutes Buch. Also: Wer im Internet

Mitgliederinterview

Bücher einkauft der kann das auch gern bei uns auf www.baerfuss.de machen. Klimaneutraler Versand ist inklusive.

Alligator: Wie funktioniert „sanfter Tourismus“?

Matthias: Wie „sanfter Tourismus“ funktioniert? Das ist schon immer ein Streitthema. Der Begriff Tourismus ist ja ziemlich klar. Was „sanft“ dabei ist, das ist Auslegungssache. Vielleicht kann man es so sagen: Sanfter Tourismus ist heute Realität, wenn Touristen und Gastgeber auch noch in 100 Jahren an den Orten zufrieden sein können, wo heute dieser Tourismus stattfindet. Das meine ich in sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Sicht.

Alligator: Welche Leistungen bietet ihr über bio.de an?

Matthias: Auf bio.de können Biobauern ihre Ferienangebote vorstellen.

Alligator: Über den Verein ECEAT Deutschland koordiniert ihr seit 2005 auch Projekte im ländlichen Belarus – wie sieht eure Arbeit dort aus?

Matthias: Belarus ist so etwas wie die Rest-DDR in Europa. Von oben wird regiert, unten wird ausgeführt. Wer nicht in Übereinstimmung mit dem System lebt, riskiert Konsequenzen bis hin zur Haft. In diesem Umfeld kleine private Anbieter im Landtourismus zu unterstützen ist eine spannende Aufgabe. Es geht darum einzelne Akteure zu unterstützen und zu ermutigen. Dass man auch allein etwas beginnen und schaffen kann – und nicht immer nur warten sollte bis der Staat etwas macht oder Anweisungen von oben kommen. Was wir da genau gemacht haben steht im Detail auf www.eceat.de. Seit 2012 ist unser offizielles ECEAT-Projekt innerhalb der Förderprogramms Belarus der Bundesregierung beendet – wir haben für die aktuelle Förderperiode jedoch die Universität in Greifswald als neuen deutschen Projektpartner gewinnen können. Es geht also auch ohne ECEAT für unsere bisherigen Partner in Belarus weiter.

Alligator: Was ist dein persönliches Fazit?

Matthias: Mir war es persönlich ein Anliegen, in unseren Projekten zwischen 2005 bis 2012 auch mit meinen eigenen Diktatur-Erfahrungen aus der DDR dort sinnvoll helfen zu können.

Auf einmal war ich der „Wessi“ - ich konnte dabei Probleme und Situationen gut spüren, weil ich ähnliche Situationen und Probleme schon mal in der DDR erlebt hatte.

Alligator: Du wurdest letztes Jahr von der GRÜNEN LIGA in den Kernenergiebeirat Mecklenburg-Vorpommern berufen.

Matthias: Ja, ich bin quasi „reaktiviert“ worden. Seit mehr als zehn Jahren war ich aus dem tagespolitischen Geschäft raus, weil ich überwiegend mit der eigenen Firma und familiären Aufgaben beschäftigt war.

Alligator: Welche Ziele verfolgt der Beirat? Kannst du kurz die Situation der Kernenergie in Mecklenburg-Vorpommern beschreiben?

Matthias: Es geht um öffentliche Kontrolle beim Abbau des ehemaligen DDR-Kernkraftwerkes am Standort Lubmin und um das später entstandene dazugehörige Zwischenlager. Die Situation ist ganz einfach zu beschreiben: Es wird immer noch abgebaut und dekontaminiert. Wie das am besten passieren sollte wird im Beirat diskutiert. Das Zwischenlager ist ziemlich voll. Der Vorteil dabei für den Standort ist, es passen keine neuen Castoren mehr rein.

Alligator: Hast du dich vor dem Beginn deiner Arbeit im Beirat mit deinem Vorgänger Hennig Klostermann in Verbindung gesetzt? Hat er dir irgendetwas mit auf den Weg gegeben?

Matthias: Wir haben uns in Schwerin getroffen und so was wie eine „Übergabe“ gemacht. Er hat die letzten Jahre einen tollen Job im Beirat gemacht. Ich habe aus dem Gespräch mitgenommen, wie wichtig es ist, das Thema in der Öffentlichkeit zu halten. Bei den Sitzungen des Beirates bemühe ich mich um fachlich fundierte freundliche Penetranz.

Alligator: Du warst auch Mitglied bei der GRÜNEN LIGA Mecklenburg-Vorpommern bis zur Insolvenz im Jahr 2002. Was war damals passiert?

Matthias: Das war ein Mix aus Fehlern, primär ein Manko an wirtschaftlicher und organisatorischer Erfahrung. Es gab formal einen Landesverband und doch gleichzeitig einen Konsens zur „Nichteinmischung“ – den auch ich damals aktiv mit getragen habe. Die Parole hieß: Alle Macht den Projektmitarbeitern! Rückblickend war

das strukturell betrachtet ein unprofessioneller Vereins-Sozialismus. Ohne Frage: es sind supertolle Projekte gelaufen, viele Mitarbeiter/-innen haben im Verein für ihr weiteres berufliches Leben durchgestartet und eine Menge Spaß gehabt. Aber wir hatten als Verein damals zu geringe liquide Mittel und keine langfristige wirtschaftliche Strategie. Dann passierte es: ein größeres EU-Projekt wurde nicht richtig durchgeführt und abgerechnet. Eine Kettenreaktion begann: auf einmal fehlte zuerst das Geld für die Krankenkassen. Die wollten natürlich ihr Geld, haben es nicht sofort bekommen und dann einen Insolvenzantrag gestellt. Der Rest ist bekannt.

Alligator: Wie bist du eigentlich zu der GRÜNEN LIGA gekommen?

Matthias: Ich habe vor der Wende in kirchlichen Umweltgruppen in Mecklenburg gearbeitet, war auch Delegierter bei der Ökumenischen Versammlung der Kirchen in der DDR. Wir haben in den Kirchengruppen natürlich auch Kontakte zum Kulturbund gehabt, teilweise waren die gleichen Personen an beiden Stellen aktiv. Aus diesem Zusammenhang kenne ich Klaus Schlüter. Als Klaus dann 1989 für die LIGA in Berlin am Zentralen Grünen Tisch saß – habe ich das für die LIGA in der Stadt Schwerin und am Zentralen Grünen Tisch in Berlin gemacht. Meinen „weltlichen“ Job bei der Reichsbahn habe ich Ende 1989 aufgegeben und dann das LIGA-Büro in Schwerin aufgebaut. Wir haben damals direkt nach einem Beschluss des Runden Tisches in Schwerin das Propaganda-Kabinetts der SED-Kreisleitung übernommen und losgelegt. Die erste Aktion war Ende 1989 die Anmietung von zwei Ikarus-Bussen des VEB Nahverkehr, um im ehemaligen Grenzgebiet zusammen mit Umweltaktivisten aus Lübeck die Mülldeponie Schönberg zu blockieren. Hier hatte die Stasi mit Giftmüll-Importen aus dem Westen Geld verdient. Meine Wiedervereinigung begann quasi mit dem deutsch-deutschen Müllthema. Das war eine unglaubliche Zeit.

Alligator: Und wo siehst du dich und deine vielen Projekte in fünf Jahren?

Matthias: Ich sehe weniger Projekte und mehr private Zeit für mich. Das Projekt heißt qualifizierte Lebensentscheidung mit nachhaltiger politischer und privater Wirkung.

Langer Tag der StadtNatur 2013

Das beliebte Naturevent findet am 15./16. Juni 2013 in Berlin statt. Es werden über 400 Veranstaltungen innerhalb von 26 Stunden angeboten. Erstmals kann das 26-Stunden-Ticket auch online erworben werden.

Wie heißt der Vogel, der so schön im Park singt? Welcher Käfer krabbelt da gerade über die Picknickdecke und was bitte sind „City-Schafe“? Diese und viele andere Fragen rund um die Natur können am Langer Tag der StadtNatur geklärt werden. Die Stiftung Naturschutz Berlin lädt zum 7. Mal dazu ein, an der Seite von Experten die Natur der Hauptstadt zu entdecken. Auch Familien mit Kindern können sich wieder auf viele besondere Highlights freuen. Entdecker/innen kommen natürlich auch auf ihre Kosten, denn es werden auch dieses Jahr Naturräume vorgestellt, die sonst nicht zugänglich sind – vom wild-grünen Hinterhof bis zum streng geschützten Naturschutzgebiet.

Die Stiftung Naturschutz Berlin bietet den Besuchern des Langer Tages der StadtNatur in diesem Jahr einen noch besseren Service im Ticket- und Buchungsmanagement: Veranstaltungen, für die aufgrund ihrer beschränkten Kapazität eine Voranmeldung notwendig ist, können ab Anfang Mai unter www.langertagderstadtnatur.de gebucht werden – ebenso wie das 26-Stunden-Ticket.

Ebenfalls neu: Das Programmheft zum LangerTag der StadtNatur bietet nicht nur einen perfekten Überblick über alle Veranstaltungen, sondern auch viele attraktive Gutscheine zum Shoppen und Genießen in der Hauptstadt. Gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro ist es ab 13. Mai erhältlich in allen Bio-Company- und Kaiser's-Filialen, die übrigens auch das 26-Stunden-Ticket verkaufen.

Auch die GRÜNE LIGA Berlin trägt etwas zum Langer Tag der StadtNatur

bei. Am 17. Juni können sich Interessierte zwischen 17 und 18 Uhr über einen begrünten Musterhof führen lassen und sich über verschiedene Möglichkeiten der Fassadenbegrünung, Bepflanzung und Pflasterung in Stadtgebieten informieren. Zu finden ist der Hof in der Mülhauser Straße 8. Weitere Hinweise zum vielfältigen Programm finden Sie im Internet unter: 2013.langertagderstadtnatur.de

Foto: Stiftung Naturschutz Berlin



Hochwasserrisikomanagement am Rhein und seinen Nebenflüssen

Vorankündigung zum Seminar der Bundeskontaktstelle Wasser der GRÜNEN LIGA und des Wassernetzes NRW am 22. Juni in Düsseldorf

Das Bundesland Nordrhein-Westfalen setzt sich zum Ziel, lebendige Gewässer zu entwickeln und Hochwasserrisiken gemeinsam zu meistern. Wie in den anderen Bundesländern wurde das Hochwasserrisiko vorläufig bewertet und damit die Gebietskulisse für die Erstellung der Hochwasserrisiko- und Hochwassergefahrenkarten abgesteckt, die bis zum Jahresende veröffentlicht werden.

Am 22. Juni 2013 soll im Düsseldorfer Umwelt-Zentrum, Merowingerstraße 88, aus der Sicht des Umweltministeriums und der Umweltverbände beleuchtet werden, ob und wie es gelingen kann, die Minderung von Hochwasserrisiken mit dem guten Gewässerzustand in Einklang zu bringen und

Auenentwicklungspotentiale zu nutzen. Hierzu wird es auch Berichte von Bürgerinitiativen geben, die sich den Hochwasserthemen widmen.

Die Hochwasserrisikomanagementrichtlinie stellt einen europaweiten Rahmen für die EU-Mitgliedsstaaten und damit auch für die Bundesländer auf. Daher werden auch Entwicklungen und Erfahrungen aus dem weiteren Rheineinzugsgebiet im Fokus des Seminars stehen.

Die Veranstaltung von GRÜNE LIGA e.V. und Wassernetz NRW richtet sich an Interessierte aus Umweltverbänden, Landwirtschaft, Behörden, wissenschaftlichen Einrichtungen, Planungsbüros und anderen Stellen. Das

Wassernetz NRW ist ein gemeinsames Projekt der Naturschutzverbände BUND, NABU und LNU in Nordrhein-Westfalen.

Anmeldung und Rückfragen können Sie gern richten an: GRÜNE LIGA e.V., Bundeskontaktstelle Wasser Michael Bender, Alexandra Gaulke, Viviana Wiegleb im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin.

Kontakt:
Telefon: +49 30 40 39 35 30;
Fax: +49 30 204 44 68;
E-Mail: wasser@grueneliga.de

Weitere Informationen gibt es auf: www.wrrl-info.de

Jens Weber

Naturschutzeinsatz Osterzgebirge

Es ist wieder so weit: vom 5. bis 21. Juli 2013 findet zum achtzehnten Mal das HEULAGER statt. Die GRÜNE LIGA Osterzgebirge – der Umweltverein zwischen Dresden und tschechischer Grenze – hofft auch beim 17. Heulager im Bärensteiner Bielatal auf fleißige, freiwillige Helfer bei der Mahd artenreicher Berg- und Nasswiesen.



her rücken wir ihnen zu Leibe, dann müssen sie zu würzigem Heu getrocknet werden. Nur so kann die Blütenfülle auch künftig erhalten bleiben. Noch aufwendiger ist die Pflege der Nasswiesen, deren wasserreiche Grünmasse

che Schlechtwetterunterkunft ist vorhanden. Beim Heulager kann man kein Geld verdienen, dafür ist das meist sehr leckere Heulagerfutter aber natürlich kostenlos.

Die meisten Gräser und Kräuter der Bergwiesen sind im Juli bereits verblüht, ihre Samen ausgefallen. Mit Sensen und einem kleinen Balkenmä-

auf Plastikplanen aus den Sümpfen gezogen wird. Es handelt sich um teilweise anstrengende Arbeit, aber gemeinsam macht Naturschutz Spaß. Man lernt viele interessante und interessierte Leute jeden Alters kennen. Und nebenbei gibt es auch immer allerhand Wissenswertes über die Pflanzen, Tiere und die Landschaft des Erzgebirges zu erfahren.

Außer dem Heulager organisiert die GRÜNE LIGA Osterzgebirge alljährlich auch noch weitere Naturschutzeinsätze. Dazu gehört das Schellerhauer Naturschutzpraktikum. Hier bekommen auch dieses Jahr wieder 20 deutsche, slowakische und tschechische Studenten die Gelegenheit, eine Woche lang praktische Erfahrungen und praxisrelevantes naturkundliches Wissen zu sammeln. Dazu gibt es ein umfangreiches Exkursions- und Vortragsprogramm sowie viele Diskussionsmöglichkeiten mit Naturschützern aus der Region Ost-Erzgebirge. Auch hier ist die Teilnahme kostenlos, aber mit vier Tagen körperlicher Arbeit verbunden. Weitere Infos zum Heulager, zum Naturschutzpraktikum und zu allen anderen Einsätzen der GRÜNE LIGA Osterzgebirge gibt es unter: www.osterzgebirge.org/index.php?id=96 oder per E-Mail bei: jens@osterzgebirge.org. Wir freuen uns auf Dich und Deine Unterstützung des Naturschutzes im Ost-Erzgebirge!

Dabei geht alles ganz unkompliziert zu: wer kommt, der ist willkommen – sei es für einen Nachmittag oder für volle zwei Wochen. Anmeldungen sind nicht nötig, werden aber gerne gesehen. Mitzubringen sind Schlafsack und Isomatte, wer nachts seine Ruhe haben will, benötigt auch ein Zelt. Eine einfa-

// Jens Weber,
GRÜNE LIGA
Osterzgebirge

Zeichnungen:
Jens Weber



Von A wie Ausgleichsmaßnahme bis Z wie Zuccalmaglio Renette

Fachtagung – Neue Perspektiven zum Erhalt von Streuobstwiesen

Neue Perspektiven zum Erhalt von Streuobstwiesen?

Die Ansprüche an die Streuobstwiese sind vielfältig: Für Landschaftsplaner und Naturschützer ist sie ein wichtiges Element, das in unsere Kulturlandschaft gehört. Als „Hotspot“ steht sie für den Erhalt der Biodiversität ganz oben. Ihr hoher ökologischer Wert macht sie für Kompensationsmaßnahmen sehr attraktiv. Doch birgt diese Popularität auch zunehmend eine Gefahr: Die Bilanzen für Ausgleich und Ersatz sind schnell gerechnet – die Maßnahme, Neuanlage einer „Streuobstwiese“, umgesetzt. Allein in diesem Stadium von einer Streuobstwiese zu reden, lässt obstbaulichen als auch naturschutzfachlichen Sachverstand vermissen. Doch nach dreijähriger Pflegebindung stehen die Kommunen und Flächenbesitzer da und sind auf der Suche nach einem Nutzer und Bewirtschafteter. Meist wenige Kilometer weiter finden sich Streuobstwiesen mit alten Bäumen: nicht selten verbüschert, die Bäume haben schon lange keinen Schnitt erhalten und das Interesse am Obst hält sich in Grenzen. Ob diese Erkenntnis, dass dies ein fragwürdiger Ansatz für Kompensationsmaßnahmen in den zurückliegenden Jahren war, ein Umdenken bei den Unteren Naturschutzbehörden und Planungsbüros bewirkt hat, ist Spekulation. Tatsache ist aber, dass Kompensationsmaßnahmen für einen örtlichen Eingriff immer häufiger in bestehenden Streuobstwiesen durchgeführt werden. Der Bau einer Windkraftanlage ist ein Eingriff in das Landschaftsbild. Mit der Entbuschung einer bestehenden, meist nicht bewirtschafteten Streuobstwiese soll das Landschaftsbild wieder aufgewertet werden. Soweit die Theorie.

Pflege und Nachpflanzung im Bestand statt Neuanlage?

Ist die Anerkennung von Kompensationsmaßnahmen in bestehenden Streuobstwiesen ein akzeptabler Weg zum

langfristigen Erhalt von Streuobstwiesen? Mit einer zweitägigen Tagung im Landgut Holzdorf bei Weimar hat der Landesverband der GRÜNEN LIGA Antworten auf diese Frage gesucht. Mit Vertretern von Unteren Naturschutzbehörden, Planungsbüros, Naturschutzverbänden und Obstbauexperten wurden aktuelle Beispiele aus der Praxis diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass eine einfache Pflege nicht gleich eine Aufwertung im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes bedeutet. Trotzdem scheint der Ansatz – Kompensation in bestehenden Streuobstwiesen durch eine einmalige Entbuschung, Baumschnitt, Nachpflanzung – bei allen Beteiligten Akzeptanz zu finden.

Leitfaden zur Kompensation in bestehenden Streuobstwiesen soll Hilfestellung geben

Im Ergebnis der Diskussion mit den Tagungsteilnehmern gibt es einen Leitfaden, der insbesondere den Unteren Naturschutzbehörden und Planungsbüros eine Unterstützung bei der Erstellung von Kompensationsmaßnahmen bietet. Nach den wenigen guten Erfahrungen der vergangenen Jahre ist es nicht mehr die Frage, ob in bestehenden Streuobstwiesen eine Kompensation durchgeführt werden soll, sondern vielmehr, wie sie umgesetzt wird. Der Entwurf des Leitfadens wurde maßgeblich auf der Grundlage einer bereits existierenden Handlungsempfehlung aus dem Landwirtschaftsministerium Baden-Württembergs erstellt.

Die Erkenntnis ist wohl unstrittig: Kompensation wird die bestehenden Streuobstwiesen nicht retten. Vielmehr muss das Ziel sein, die Kompensation so qualifiziert durchzuführen, dass sowohl dem Landschaftsbild als auch dem Biotop mit seinen komplexen Zusammenhängen zwischen Fauna und Flora und dem wirtschaftlichen Anspruch Genüge getan wird. Denn eine Reduzierung der Streuobstwiesen auf eine rein landschaftsästhetische oder

naturschutzfachliche Funktion wird nicht ausreichen, um diesem Hotspot der Biodiversität und landwirtschaftlichen Kulturzeugnis langfristig gerecht zu werden.

Mit Vorträgen zu den Themen „Erhalt von obstgenetischen Ressourcen anhand von Steinobst“ (Dr. Annette Braun Lüllemann, Pomologenverein Thüringen), „Entwicklung von regionalen Streuobstprodukten und ihre Vermarktung“ (Katherina Dianat, ARGE Streuobst Österreich), „Fachgerechte Obstbaumpflege“ (Michael Grolm, Berufsimker und Thüringer Obstbauschule), „Ausbildung von europäischen Streuobstspezialisten“ (Lenka Kovacova, Thüringer Ökoherz e.V.) und „Apfelallergie aus pomologischer Sicht“ (Dr. Susanne Becker) bot das Tagungsprogramm eine Vielfalt an anspruchsvollen aktuellen Themen. Alle Vorträge einschließlich des Leitfadens zur Anerkennung von Kompensationsmaßnahmen stehen unter www.obst-natur.de zum Herunterladen bereit.

Foto: Berufsimker und Obstbaumwart Michael Grolm zeigt fachgerechten Obstbaumschnitt; aufgenommen von der GRÜNEN LIGA Thüringen



Nach fast viereinhalb Jahren Projektförderung über den Europäischen Landwirtschaftsfond ELER durch den Freistaat Thüringen war die Tagung auch Anlass, ein Resümee zum Projekt „ObstNatur in aller Munde“ zu ziehen. Was wollten wir erreichen – was haben wir geschafft? Darüber wollen wir Ihnen in einer der nächsten Ausgaben des Alligators berichten.

// Grit Tetzl
GRÜNE LIGA Thüringen



Empört Euch - weiter!

Das Projekt „Stuttgart 21“ erregt seit Jahren die Gemüter der Deutschen wie sonst kein anderes Großbauprojekt. Dabei geht es allerdings schon lange nicht mehr um die bloße Frage, ob in der baden-württembergischen Hauptstadt ein moderner Tiefbahnhof den bestehenden Kopfbahnhof ablösen soll, erklärt Winfried Wolf, einer der Autoren dieses Buches, im Vorwort. Vielmehr sei der Protest gegen Stuttgart 21 Ausdruck eines Kampfes gegen eine profitorientierte Regierung und für eine Politik, die wieder mehr auf den Bürger gerichtet ist. In mehreren Briefen an Regierungsmitglieder und öffentlichen Wortmeldungen legen die Autoren Christoph Engelhardt, Egon Hopfenitz, Sabine Leidig, Volker Lösch, Walter Sittler und Winfried Wolf dar, warum ein Weiterbau von Stuttgart 21 weit mehr Schäden verursachen würde als ein Ausstieg seitens der Regierung und weshalb das Projekt sinnlos sogar rechtswidrig ist. Die Schlagwörter sind dabei „Kapazitätsabbau“ und „Kostenexplosion“ und werden von den Autoren so unmissverständlich erläutert, dass man sich nach der Lektüre dieses Buches fragt, wie Deutsche Bahn und Regierung Stuttgart 21 einfach fortführen können, ohne auch nur ein Kommentar zu den sich aufdrängenden Problemen abzugeben. Eine sehr informative Zusammenstellung für alle, die seit Jahren gegen den Tiefbahnhof kämpfen, und ebenso für jene, an denen das Thema bisher weitestgehend vorbeigegangen ist. // Julia Ellerbrok

Engelhardt, Hopfenitz, Leidig, Lösch, Sittler, Wolf: „Empört Euch - weiter! Neue Argumente gegen Stuttgart 21“, PapyRossa Verlag, 84 Seiten, 5 Euro, Bezug: Shop auf www.grueneliga.de



Im Netz der Tierschmuggler

Die Grünen Piraten, das sind die Naturfreunde Pauline, Jannik, Flora, Lennart und Ben. Nachdem sie in einem ersten Band der Reihe bereits die in ihrer Heimatstadt agierende Müllmafia haben auffliegen lassen, geht es diesmal darum, einer Gruppe gut organisierter Tierschmuggler das Handwerk zu legen. Alles beginnt damit, dass im Tierheim ein entflogener Papagei abgegeben wird. Jannik, der nach der Schule im Heim aushilft, ist begeistert, ist er doch sicher, dass es sich bei dem Vogel um ein Exemplar des äußerst seltenen Spix-Aras handelt. Doch bereits in der darauf folgenden Nacht wird der Vogel aus seinem Käfig gestohlen. Das Interesse der Grünen Piraten ist geweckt, und so erfahren sie nach und nach allerdarüber, warum bestimmte Tierarten gefährdet sind und warum sie das für die Tierschmuggler besonders interessant macht. Auch an Verdächtigen mangelt es nicht. Steckt etwa mürrische Zooladenbesitzer, der reiche Vogelzüchter oder gar die Leiterin des Tierheims selbst hinter dem Verbrechen? Die Freunde jedenfalls sind fest entschlossen, das Geheimnis zu lüften und der Tierquälerei damit ein Ende zu machen. Empfohlen wird der bebilderte Umweltkrimi, der jungen Lesern ersten Kontakt mit den Problematiken des Umweltschutzes bietet, für Kinder ab 8 Jahren.

// Julia Ellerbrok

Andrea Poßberg, Corinna Böckmann: „Die Grünen Piraten - Im Netz der Tierschmuggler“, Südpol Verlag, 126 Seiten, 8,90 Euro



Essen im Tank

Wachstum als Garant für mehr Lebensqualität? Dieses Konzept scheint in vielerlei Hinsicht fraglich, aber auf einen Lebensbereich trifft es auf keinen Fall zu: auf den Verkehr. Das erläutert Bernhard Knierim in seinem Buch „Essen im Tank“ aus aktuellem Anlass, da zur Zeit verstärkt Agrokraftstoffe, Elektromotoren und andere technische Alternativen zu herkömmlichen, auf fossilen Brennstoffen basierenden, Verbrennungsmotoren angepriesen werden – in vielen Fällen mit der fehlerbehafteten Vorstellung verbunden, auf diese Weise den motorisierten Personen- und Güterverkehr in seinen aktuellen Ausmaßen und Strukturen belassen und sogar noch steigern zu können. Nach den Bereichen Effizienzsteigerungen, Bioenergie, Wasserstoff und Elektromobilität unterteilt, erklärt der Autor, warum diese Techniken in ihren verschiedenen Ausführungen meist weit weniger Energie einsparen, als es auf den ersten Blick scheint. Weiterhin wird ausgeführt, welchen Einfluss das Lobbying auf politische Entscheidungen im Bereich Mobilität hat und welche Veränderungen im motorisierten Verkehr, im Fuß- und Fahrradverkehr und vor allem in der Infrastruktur von Städten und Dörfern vorgenommen werden müssen, um eine ökologische und soziale – und damit eine tatsächlich nachhaltige – Mobilität für nachfolgende Generationen Wirklichkeit werden zu lassen. Eine Lektüre, die manch einem Leser die Augen für ganz neue Aspekte der Mobilität öffnen wird. // Julia Ellerbrok

Bernhard Knierim: „Essen im Tank“, Promedia Verlag, 240 Seiten, 17,90 Euro

30km/h – macht die Straßen lebenswert!

Die europäische Bürgerinitiative "30km/h – macht die Straßen lebenswert!" kämpft für eine flächendeckende Tempo-30-Regelung innerhalb von europäischen Stadtgebieten und Dörfern. Eine solche Geschwindigkeitsbegrenzung würde eine ganze Reihe von Vorteilen mit sich bringen: 30 km/h-Tempolimits sind kostengünstige Möglichkeiten, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, Verschmutzungen und Lärm zu reduzieren und die Bedingungen für das Gehen, Radeln und Benutzen von öffentlichen Verkehrsmitteln so zu verbessern, dass das Umsteigen unterstützt wird. Der Verkehr fließt besser und die Stauanfälligkeit sinkt. Alle können angstfreier auf den Straßen unterwegs sein.

Wichtig ist, dass die kommunalen Regierungen dabei das letzte Wort haben. Wo sie es für sinnvoll halten, sollen sie selber andere Höchstgeschwindigkeiten bestimmen und auf den entsprechenden Strecken ausschildern können.

Eine „Europäische Bürgerinitiative (EBI)“ ist ein Volksbegehren auf EU-Ebene. Als eine solche hat die Europäische Kommission die Tempo-30-Initia-

tive am 13. November 2012 offiziell zugelassen. Somit kann die Initiative direkten Einfluss auf die Gesetzgebung der EU nehmen, wenn innerhalb eines Jahres mindestens 1 Million Unterstützungserklärungen aus sieben oder mehr Mitgliedsländern der EU zusammenkommen. Gelingt das, ist die EU-Kommission verpflichtet, das Thema aufzugreifen, eine Lösung vorzuschlagen und gegebenenfalls gesetzgeberisch tätig zu werden.

Die GRÜNE LIGA e.V. unterstützt das Anliegen und die Kampagne. Wenn auch Sie die Initiative befürworten oder weitere Informationen erhalten möchten, besuchen Sie die Internetseite der Initiative: de.30kmh.eu



Halbjahrestreffen 2013 der GRÜNEN LIGA

Schon jetzt wollen wir die Gelegenheit nutzen und alle Mitglieder und Freunde der GRÜNEN LIGA ganz herzlich zum Halbjahrestreffen im Herbst dieses Jahres einladen! Obwohl der Termin noch einige Monate in der Zukunft liegt, steht die folgende Planung bereits fest: Dies Jahr geht es für zwei bis drei Tage nach Cottbus, wo am Freitag, den 11. Oktober 2013, der Bundessprecherrat der GRÜNEN LIGA im Zeitraum von 16:00 bis 20:00 Uhr tagen wird. Am Tag darauf sind alle Grünligisten dazu aufgerufen, dem Halbjahrestreffen beizuwohnen. Unter dem Motto „Energiewende nachhaltig

gestalten!?“ sollen Ideen ausgetauscht und diskutiert werden. Vorgegebene Themenbereiche sind bisher: Windenergie, Energiepflanzen/Biomasse, Stromnetze und -speicher und Offshore, all das zwischen 10:00 und 16:30 Uhr. Als ergänzendes Angebot ist ein Impulsreferat zu verschiedenen Energieszenarien geplant. Für Sonntag, den 13. Oktober, wird als gemeinsamer Abschluss des Wochenendes eine Exkursion in Betracht gezogen. Weitere Informationen werden im Internet auf www.grueneliga.de folgen.

// Julia Ellerbrok



Termine

18. Umweltfestival der GRÜNEN LIGA Berlin

1. und 2. Juni 2013

Brandenburger Tor, Berlin

Weitere Infos auf www.umweltfestival.de

Big Jump Challenge

16. Juni 2013

deutschlandweit

Weitere Infos auf www.bigjumpchallenge.net

Seminar der BKSt. Wasser der GRÜNEN LIGA

Thema: Hochwasserrisikomanagement

22. Juni 2013

Umwelt-Zentrum Düsseldorf

Merowingerstraße 88

Näheres folgt auf www.wrrl-info.de

Bundessprecherrat der GRÜNEN LIGA

19. Juli 2013, 14 bis 18 Uhr

Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin

Greifswalder Straße 4

Bundessprecherrat und Halbjahrestreffen der GRÜNEN LIGA

11. Oktober 2013: Sprecherrat, 16 bis 20 Uhr

12. Oktober 2013: Halbjahrestreffen, 10 - 16:30 Uhr

Cottbus

Viele weitere Termine von den regionalen Gruppen der GRÜNEN LIGA sind auf unserer Homepage

Markt

Über die GRÜNE LIGA Bundesgeschäftsstelle zu beziehen (siehe Menüpunkt „Shop“ auf www.grueneliga.de):

Positionspapier „Water for Life“ 12 Seiten A4, auch auf Englisch erhältlich, VK: Versandkosten

Broschüre „Anleitung Lärmspaziergang“ 26 Seiten A5, VK: 2,50 EUR zzgl. Versandkosten

Umweltbibliotheken-Wegweiser (2. Auflage): VK: 6,54 EUR zzgl. Versandkosten

Alligator (Filzpuppe), Wäschezeichen mit GRÜNE LIGA-Logo und Schriftzug www.grueneliga.de VK: 5,25 EUR zzgl. Versandkosten

Ringelblumensalbe, Johanniskrautsalbe, Beinwell-salbe, Dose mit GRÜNE-LIGA-Logo: VK: je 3,25 EUR zzgl. Versandkosten

Notizblock mit GRÜNE LIGA-Logo, Größe: ca. 8 x 14,8 cm, mit Magnetstreifen zum Anhängen, zum Beispiel am Kühlschrank. VK: 2,00 UUR (1,80 EUR für GRÜNE LIGA-Mitglieder ab fünf Stück) zzgl. Versandkosten

Bundesverband

GRÜNE LIGA e.V.

Bundesgeschäftsstelle (BGSt)
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
☎: 030/2044745
☎: 030/2044468
✉: bundesverband@grueneliga.de
oeffentlichkeitsarbeit@.....
material@grueneliga.de
alligator@grueneliga.de

Bundeskontaktstellen/ Facharbeitskreise:

BKSt. Agro-Gentechnik
Torsten Kohl
c/o GRÜNE LIGA Dresden/
Oberes Elbtal e.V.
Schützengasse 16/18
01067 Dresden
☎: 0351/49 43 353
☎: 0351/49 43 400
✉: dresden@grueneliga.de

BKSt. Braunkohle
Straße der Jugend 94
03046 Cottbus
☎: 0355/4837815
✉: braunkohle@grueneliga.de
www.lausitzer-braunkohle.de

BKSt. Gesteinsabbau
Uli Wieland
Lutherstraße 63, 07743 Jena
☎: 01522/1960531
✉: gesteinsabbau@grueneliga.de

BKSt. Internationale Arbeit
Annette Baumann
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin
☎: 030/443391-70
☎: 030/443391-75
✉: gl.internat@grueneliga.de

BKSt. INTERNET.welt
Michael Krieger
c/o Bundesgeschäftsstelle
☎: 0170/9064589
✉: internet.welt@grueneliga.de

BKSt. Nach. Reg. Entwicklung
Tomas Brückmann
c/o ÖKOLÖWE (s.u. Sachsen)
✉: Tomas.Brueckmann@grueneliga.de

BKSt. Pflanzenöl
Michel Matke
c/o INOEL Pflanzenöltechnik
Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig
☎: 0341/30654 20
☎: 0341/30654-21
✉: sachsen@grueneliga.de

BKSt. Verkehr u. Siedlungsentwickl.
Fritjof Mothes / Dr. Torsten Bähr
Hinrichsenstraße 3
04105 Leipzig
☎: 0341/2111800
✉: verkehr@grueneliga.de

BKSt. Wasser
Michael Bender
c/o Bundesgeschäftsstelle
✉: wasser@grueneliga.de
☎: 030/40 39 35 30

BKSt. Umweltbibliotheken
Katrin Kusche
c/o Bundesgeschäftsstelle

Facharbeitskreis Landwirtschaft
heute & morgen, Jens Heinze
c/o Umweltbildungshaus
Johannishöhe
✉: jens@johannishoehe.de

Facharbeitskreis Ökologischer
Landbau und Tourismus
Matthias Baerens, s. u. ECEAT
✉: baerens@baerfuss.de

Weitere Mitgliedsgruppen:

BI Kein Giftmüll nach Nessa
Uwe Claus
✉: kein-giftmuell-in-nessa@arcor.de

Bundesverband Pflanzenöle e.V.
Quenteler Straße 10
34320 Söhrwald
☎: 05608/35 24
✉: info@bv-pflanzenoele.de

ECEAT Deutschland e.V.
Möwenburgstraße 33
19006 Schwerin

GRÜNE LIGA Dresden/
Oberes Elbtal e.V.
Schützengasse 16/18
01067 Dresden
☎: 0351/49 43 353 ☎: -400
✉: dresden@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Osterzgebirge e.V.
Große Wassergasse 9
01744 Dippoldiswalde
☎: 03504/618585
✉: osterzgebirge@grueneliga.de

Naturschutzstation Zippendorf e.V.
Am Strand 9
19063 Schwerin
☎: 0385/2013052 ☎: -2075571
✉: Naturschutzstation.Zippendorf@t-online.de

Netzwerk der Initiativgruppen
Gesteinsabbau e.V.
Uli Wieland
Lutherstraße 63, 07743 Jena
☎: 01522/1960531
✉: gesteinsabbau@grueneliga.de

Umweltbildungshaus
Johannishöhe, 01737 Tharandt
☎: 035203/3 71 81
☎: 035203/3 79 36
✉: info@johannishoehe.de

Regionalverbände

GRÜNE LIGA Berlin e.V.

Landesgeschäftsstelle
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin

ALLIGATOR, c/o GRÜNE LIGA e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
PVSt, Deutsche Post AG, „Entgelt bezahlt“ A14 600

☎: 030/443391-0 (Zentrale)
☎: 030/443391-33
✉: berlin@grueneliga.de

Grünes Haus für Hellersdorf
Boitzenburger Straße 52 - 54
12619 Berlin
☎: 030/56499892
☎: 030/56499950
✉: gruenes.haus@alice.de

Bezirksgruppe Weißensee/
BAUM, c/o Petra König
Aubertstraße 37
13127 Berlin
☎: 030/9253070
☎: 030/96793079
✉: koenig.petra@berlin.de

GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Potsdam
Haus der Natur
Lindenstraße 34
14467 Potsdam
☎: 0331/20 155 20 ☎: -22
✉: potsdam@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Meckl.-Vorp.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Schwerin
Postfach 010243
19002 Schwerin
✉: mecklenburg-vorpommern@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Sachsen e.V.

Landesgeschäftsstelle
Schützengasse 18
01067 Dresden
☎: 0351/49 43 350 ☎: -450
✉: sachsen@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Chemnitz
Henriettenstraße 5
09112 Chemnitz
✉: chemnitz@grueneliga.de

Regionalbüro Leipzig
Ökolöwe-Umweltbund Leipzig e.V.
Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig
☎: 0341/3 06 51 85 ☎: -79
✉: info@oekoloewe.de

Regionalbüro Oberlausitz
Czornebohstraße 82 -
Sternwarte, 02625 Bautzen
☎: 03591/605860

☎: 03591/607050
✉: oberlausitz@grueneliga.de

GRÜNE WELLE Umweltverein e.V.
Straße der Einheit 18
04769 Naundorf
☎: 03435/920089
☎: 03435/931751
✉: gruene.welle@grueneliga.de
www.gruene-welle.org
GRÜNE LIGA Hirschstein e.V.
Neuhirschsteiner Straße 25
01594 Hirschstein
✉: hirschstein@grueneliga.de

Büro GRÜNE LIGA Westsachsen e.V.
Stiftstraße 11, 08056 Zwickau
☎: 0375/27119634
☎: 0375/27119635
✉: GL.Westsachsen@Arcor.de

Initiativgruppe Grüne Aktion
Westerzgebirge e.V.
PSF 1239, 08306 Eibenstock
☎: 037752/55952

GRÜNE LIGA Thüringen e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Weimar
Goetheplatz 9b, 99423 Weimar
☎: 03643/4 92 796
☎: 03643/49 27 97
✉: thuringen@grueneliga.de

Büro Arnstadt
IG Stadtökologie Arnstadt e.V.
An der Liebfrauenkirche 2
99310 Arnstadt
☎: 03628/640723
☎: 03628/746283
✉: arnstadt@grueneliga.de

Regionalbüro Eichsfeld
Kastanienhof, 37318 Marth
☎: 036081/6 06 15 ☎: -18
✉: region.eichsfeld@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Sachsen - FÖJ e.V.
Babelsplatz 3, 09599 Freiberg
☎: 03731/166497
✉: info@gruene-liga.de

Evangelisches Einkehrhaus Bischofrod
Hauptstraße 3
98553 Bischofrod
☎: 036873/20474
☎: 036873/20048

**Mehr unter:
www.grueneliga.de**